

13 Antworten zur Limmattalspital-Urologie

Was es mit der Übernahme der Urologie-Abteilung durch die Uroviva für mindestens 4 Millionen Franken und der Kritik daran auf sich hat.

David Egger

1 Die einfachste Frage zuallererst: Wem gehört das Spital Limmattal?

Dem Volk der Trägergemeinden. Diese sind: Dietikon und Schlieren sowie Urdorf, Oberengstringen, Unterengstringen, Weiningen, Geroldswil, Oetwil, Aesch und Birmensdorf und die Furttaler Gemeinde Dänikon. Uitikon und Bergdietikon sind nicht vertreten.

Heute nicht mehr dabei sind die früheren Mitgliedsgemeinden Boppelsen, Buchs, Hüttikon und Otelfingen – die letzte dieser Gemeinden trat Ende 2014 aus dem Spitalverband aus. Diese Info ist aber noch nicht bis zur «Limmattaler Gewerbezeitung» durchgedrungen: Das Blatt führt diese vier Furttaler Gemeinden in seiner Ausgabe vom 8. Juni 2021 immer noch als Trägergemeinden des Spitalverbands Limmattal auf.

2 Wie fliesst Volkes Stimme in Entscheide des Spitals ein?

Das Volk der Trägergemeinden muss gemäss den Statuten des Spitalverbands über einmalige Ausgaben von mehr als 5 Millionen Franken sowie über wiederkehrende Ausgaben von über 1,5 Millionen Franken bestimmen. Ein solcher Entscheid ergab sich beispielsweise, als das Volk 270 Millionen Franken für den Spitalneubau genehmigte, was mit 91 Prozent Ja-Stimmen anno 2013 geschah (und nicht 2003, wie es die «Gewerbezeitung» schreibt).

Neben der Bewilligung von Ausgaben wie den genannten, hat das Volk weitere Möglichkeiten zur Einflussnahme. So wählt es die Exekutiven der Trägergemeinden – also die Stadträte von Dietikon und Schlieren sowie die Gemeinderäte der kleineren Gemeinden. Diese Exekutiven entscheiden jeweils, wen sie als Spitalverbandsdelegierten für ihre Stadt oder Gemeinde an die Delegiertenversammlung schicken.

Darüber hinaus kann das Volk Initiativen – zum Beispiel für eine Änderung der Statuten – einreichen und Referenden gegen Beschlüsse der Delegiertenversammlung zu ergreifen.

Die Delegiertenversammlung wiederum wählt alle vier Jahre den Verwaltungsrat, das strategische Führungsorgan des Spitals. Präsident ist derzeit der Schlieremer Stadtpräsident Markus Bärtschiger (SP), Vizepräsident ist der Dietiker Stadtrat Rolf Schaeren (Mitte). Weiter mit dabei sind die Geroldswiler Gemeinderätin Veronika Neubauer (SVP), die Aescher Gemeinderätin und Kantonsrätin Janine Vannaz (Mitte), der Urdorfer Ingenieur Daniel Löhrl sowie Erich Baumann, früherer Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich und seit 2018 CEO der gemeinnützigen Triplus, die in Uri, Schwyz und Zug die psychiatrische Grundversorgung sicherstellt. Zurzeit ebenfalls noch Mitglied des Verwaltungsrats ist der Oberengstringer Gemeinderat Jürg Bruppacher (CVP). Dieser gab allerdings am Montagabend an der Oberengstringer Gemeindeversammlung bekannt, als Gemeinderat zurückzutreten. Es ist wahrscheinlich, dass er auch den Spitalverwaltungsrat verlässt.

Zusammengefasst: Das Volk wählt die Exekutiven der Trägergemeinden, diese wählen die Spitalverbandsdelegierten und diese wählen den Verwaltungsrat des Spitals. Volkes Stimme fliesst also sehr indirekt in den Verwaltungsrat ein. So sehen es aber die Statuten des Spitalverbands vor, die das Volk ändern kann, wenn es will.

3 Was ist nun mit der Urologie-Abteilung des Spitals passiert?



Schlieren: Hier steht das Spital Limmattal, das den elf Mitgliedsgemeinden des Spitalverbands gehört. Seine Urologie-Abteilung übernimmt nun die Uroviva mit Sitz in Bülach. Die Uroviva gehört – zu zwei Dritteln – dem Beteiligungsfonds «German Equity Partners IV», den die deutsche ECM Equity Capital Management GmbH mit Sitz in Frankfurt verwaltet. Bild: Severin Bigler

Das Spital hat am 7. April mitgeteilt, dass es mit der Uroviva eine «enge Kooperation» eingeht (die «Limmattaler Zeitung» berichtete am 8. April). «Im Rahmen der Kooperation übernimmt die Uroviva AG ab 1. Oktober 2021 die ambulante urologische Tätigkeit am Standort Spital Limmattal unter dem Namen «Uroviva Spital Limmattal». Die operativ tätigen Ärzte der Uroviva werden in Form einer belegärztlichen Tätigkeit Patientinnen und Patienten am Spital Limmattal behandeln. Sämtliche weiteren medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen erfolgen durch Mitarbeitende des Spitals Limmattal», hiess es in der Mitteilung.

4 Rollt der Rubel? Wie viel zahlt die Uroviva dem Spital Limmattal?

Der auf einer Unternehmensbewertung basierende Preis, den die Uroviva bezahlt, beträgt «zwischen vier und fünf Millionen Franken», wie Spitaldirektor Thomas Brack an der öffentlichen Spitaldelegiertenversammlung vom 28. April auf eine entsprechende Frage des Schlieremer Stadtrats Christian Meier (SVP) hin sagte.

5 Wofür genau zahlt Uroviva das Geld? Was genau wird verkauft?

Auch das fragte Christian Meier. Im Prinzip sei es der Patientstamm, den das Spital Limmattal verkaufe, sagte Brack. Wobei das Spital entsprechende Patientendaten erst dann an die Uroviva weitergibt, wenn es das Einverständnis des jeweiligen einzelnen Patienten erhalten hat. Auch die Urologen des Spitals, die künftig am gleichen Ort, aber für die Uroviva arbeiten, seien natürlich etwas wert, so Brack. Die Uroviva wird nicht Miteigentümerin des Spitalgebäudes oder dergleichen. Den Verkauf beschlossen hat der Verwaltungsrat an seiner Sitzung am 31. März 2021, eine erste Absichtserklärung verabschiedete er am 14. Oktober 2020. Der Verkaufsvertrag wird am 28. September 2021 unterzeichnet, die Kooperation startet am 1. Oktober 2021.

6 Was erhofft sich das Spital Limmattal vom Urologie-Deal?

Das Spital erhofft sich das Überleben der Urologie am Standort Spital Limmattal. So sagte Spitalverwaltungspräsident Markus Bärtschiger an der Delegiertenversammlung, dass sich das Spital sozusagen in zwei Märkten zu behaupten hat. Einerseits müsse es sich gegenüber dem Kanton behaupten, um von diesem auch weiterhin seine Leis-

tungsaufträge zu erhalten. Andererseits ist die Medizin – insbesondere Spezialisierungen wie die Urologie –, ein Markt, «in den auch andere reinkommen wollen», wie Bärtschiger sagte. Hier muss sich das Spital Limmattal gegen Konkurrenten wie die Hirslanden-Gruppe, das Universitätsspital Zürich (USZ), das Zürcher Stadtspital Triemli und gewisse Aargauer Spitäler behaupten. Diese Konkurrenz – oder auch die Uroviva – könnte, so Bärtschiger, wenn sie will, direkt in Schlieren oder Urdorf eine urologische Praxis eröffnen und so dem Spital Limmattal Patienten wegnehmen. In dieser Situation müsse das Spital Limmattal sich überlegen, mit wem man auf Augenhöhe verhandeln und kooperieren will. Der Verwaltungsrat, so Bärtschiger, habe sich gefragt: «Gehen wir mit einem Partner vorwärts oder sagen wir «Wir schauen mal ohne Kooperation weiter und wenn es schief geht, haben wir halt in fünf Jahren keine Urologie mehr?»»

7 Hat Spitaldirektor Thomas Brack den Deal alleine durchgeführt?

Nein. Der Urologie-Verkauf wurde durch den Verwaltungsrat beschlossen. Dieser war sich bewusst, dass sich Thomas Brack und der CEO der Uroviva persönlich kennen und im gleichen Kochclub «Club Seigneurs 79» sind. Filzvorwürfe dementiert Brack. «Im Club kochen wir und reden nicht über Kooperationen. Die Spitalwelt ist eine kleine, da kennt jeder jeden, ob mit oder ohne Kochclub», sagt er. Überdies sei er in keiner Art und Weise an Uroviva oder dessen Eigentümer beteiligt.

8 War der Verwaltungsrat von Beginn weg für den Verkauf?

Nein. «Es war ein langer Prozess», sagte Bärtschiger. Als die Sache im Verwaltungsrat erstmals Thema wurde, lauteten die Reaktionen noch «Spinnst Du eigentlich?» und «Geht gar nicht!», wie Bärtschiger offenbarte. Doch dann habe man die Sache lange und eingehend diskutiert und es kam zum Sinneswandel. «Spitalleitung und Verwaltungsrat haben noch kaum je ein Geschäft so lange diskutiert, inklusive Retraite, wie dieses Geschäft», so Bärtschiger.

9 Ist die Uroviva eine deutsche Firma oder eine schweizerische?

Das kommt darauf an, ob man die Firma als solches oder ihre Eigentümer betrachtet. Uroviva als Schweizer Firma gehört zu einem Drittel immer noch den Gründern und geschäftsführenden

Personen. Zu zwei Dritteln gehört sie seit 2017 zum Investmentfonds «German Equity Partners IV» (kurz: «GEP IV»), der von der deutschen Private-Equity-Gesellschaft «ECM Equity Capital Management» mit Sitz in Frankfurt am Main angeboten wird. Private Equity bedeutet: Die Gesellschaft beziehungsweise ihr Fonds investiert in Unternehmen, die nicht an der Börse gehandelt werden, mit dem Ziel, dass sie wachsen, Gewinn machen und so an Wert gewinnen. Dieser Wertzuwachs bringt dem Fonds, wenn er seine Beteiligung verkauft, eine hohe Rendite. Der Fonds trägt als Kapitalgeber das unternehmerische Risiko voll mit und will das Unternehmen entsprechend bestens unterstützen. Gleichzeitig ermöglicht er dem Unternehmen ein investitionsintensives Wachstum, das das Unternehmen ohne den Fonds nicht machen könnte. Es werden keine Dividenden oder dergleichen abgeschöpft. Fonds zeichnen sich dadurch aus, dass sie zahlreichen verschiedenen Anlegern gehören. Das gilt auch für den Fonds «GEP IV», der in Deutschland verwaltet wird. Die eigentlichen Eigentümer sitzen unter anderem in Deutschland, der Schweiz und den USA und weiteren Ländern. Zu den Eigentümern gehören mitunter die Pensionskassen der Ärzteversorgung Hamburg, der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe und der Ärzteversorgung Rheinland sowie die BMW-Pensionskasse in München und die Pensionskassen der US-Bundesstaaten Wisconsin und Rhode Island und der katholischen US-Spitalkette Commonsprit Health. Ebenso Eigentümer sind die Partners Group aus Zug, die LGT Capital Partners aus Pfäffikon SZ und die LFPI-Gruppe aus Genf sowie die Abegg Holding AG der Zürcher Patrizierfamilie Bodmer und die William and Flora Hewlett Foundation aus Kalifornien, die vom Hewlett-Packard-Mitgründer William Hewlett gegründet wurde. Auch die deutschen Versicherungen Signal Iduna aus Dortmund und Talanx aus Hannover besitzen Anteile. Ein kleiner Anteil von zwei Prozent gehört dem ECM-Team selbst.

10 Kann die Zusammenarbeit wieder beendet werden?

Ja. Dafür hat sich das Spital eine sogenannte Fallback-Klausel ausbedungen. Wenn die Uroviva an eine Organisation verkauft wird, die das Spital konkurrenziert, kann das Spital die Kooperation aufkündigen und die Uroviva darf ihren Ärzten kein Konkurrenzverbot auferlegen.



In Frankfurt sitzt der Fonds «German Equity Partners IV». Zu den Fondseigentümern gehören auch Schweizer, zum Beispiel die Abegg Holding AG der Zürcher Patrizierfamilie Bodmer. Bild: Getty

11 Was hat der Hausarzt Claudio Lorenzet mit all dem zu tun?

Der Bergdietiker Hausarzt Claudio Lorenzet schrieb zwei Texte, die in der «Gewerbezeitung» über den Urologie-Verkauf erschienen sind. Ob er als unabhängiger Beobachter gelten kann, ist zumindest in Frage zu stellen, da er selber Patienten an die Spital-Urologie zuweist, dies aber in seinen Texten nicht transparent macht, obwohl er gleichzeitig schreibt, «die zuweisenden Ärzte» seien «konsterniert».

12 Wie reagiert das Spital auf die bisherige Kritik?

Am 3. Juni verschickten Verwaltungsratspräsident Markus Bärtschiger und Spitaldirektor Thomas Brack einen Brief. Darin verwiesen sie auf «Unwahrheiten» und «Gerüchte», die im Umlauf seien. Und sie schreiben, dass die Kooperation mit Uroviva das Ziel verfolge, «die äusserst erfolgreiche Entwicklung der letzten zehn Jahre langfristig fortzusetzen und den Spitalstandort für die herausfordernde Zukunft optimal zu positionieren».

13 Interessiert der Deal die Politik im Limmattal?

Geht so. An der Delegiertenversammlung war Christian Meier der einzige, der Fragen stellte (siehe Fragen 4 und 5). Überdies fragte Thomas Widmer (Quartierverein) in der Fragestunde des Schlieremer Parlaments, ob noch weitere Auslagerungen geplant seien. Stadtrat Pascal Leuchtmann (SP) antwortete, dass keine weiteren Ausgliederungsabsichten bestünden. Und Heidemarie Busch (SVP, vormals CVP) reichte eine Kleinen Anfrage ein. Darin fragt sie, wie der Schlieremer Stadtrat zur Sache steht, ob die Verbandsgemeinden konsultiert wurden und ob Ausgliederungen wie jene an die Uroviva statutenkonform seien. Der Stadtrat hat die Kleine Anfrage noch nicht beantwortet. In einem Gutachten, das an der Delegiertenversammlung angesprochen wurde, kam der Jurist Marco Donatsch zum Fazit, dass die Sache statutenkonform ist, es sich nicht um die Ausgliederung einer Kernaufgabe handelt und dass der Verwaltungsrat abschliessend zuständig ist.

Haben Sie noch weitere Fragen?

Schreiben Sie Ihre Frage bis 18. Juni an redaktion@limmattalerzeitung.ch. Eine Auswahl aller eingesandten Fragen werden wir gerne in einem weiteren Artikel zu beantworten versuchen.